

Beitrag des Online-Flyers Nr. 104 vom 18.07.2007.

Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige in Köln

Protest, Aktion, Trauer und Musik

Von Peter Kleinert

Zum 9. Mal begeht der Verein für Drogenselbsthilfe „Junkie Bund Köln“ am Samstag, 21. Juli, den „nationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher“ unter dem Motto „Gegen das Vergessen und für das Leben“. Initiiert von trauernden Eltern, die aufgrund der herrschenden festgefahrenen Drogenpolitik ihre Kinder verloren oder um das Leben ihrer Kinder fürchten, wurde der 21. Juli im Laufe der Jahre immer mehr auch zu einem Aktionstag gegen eben diese Politik. Die Schirmherrschaft hat SPD-MdB Elke Ferner übernommen.

Opfer der repressiven Drogenpolitik

Am 21. Juli 1994 starb der drogenabhängige Jugendliche Ingo Marten unter bis heute ungeklärten Umständen in Gladbeck. Seine Mutter war davon überzeugt, dass ihr Sohn Opfer der repressiven Drogenpolitik wurde. Sie wollte nicht, dass sein Tod - wie der tausender Drogentoter - einfach vergessen wurde. Deshalb schuf sie mit Unterstützung der Stadt in Schleswig Holstein eine Gedenkstätte, der bald weitere Mahnmale in ganz Deutschland folgten. Vier Jahre nach Ingo Martens Tod wurde zum ersten Mal der „nationale Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher“ auf Initiative des Bundesverbandes der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e.V. begangen.

Die Mohnpflanze im Zeichen Junkie Bunds



Gründe genug für den Gedenktag sehen die Mitglieder des Kölner Junkie Bund auch heute: Die Kürzung von 100 Prozent der Landesmittel durch die Regierung Rüttgers, war für sie „eine nur schwer zu verkraftende Repressalie, die für den Verein beinahe das Aus bedeutet hätte“. Unter großem persönlichem Einsatz haben die Mitarbeiter auch nach dem Tod ihres Geschäftsführers Bernd Lemke die Arbeit fortgeführt - mit winzigen Budgets, unbezahlter Arbeit und ständigen Existenzsorgen. Vor zwei Jahren geriet der Junkie Bund vor allem durch eine Hetzkampagne von „pro Köln“ in die Schlagzeilen. Die neofaschistische „Bürgervereinigung“ versuchte, durch randgruppenfeindliche Propaganda und einen Antrag ihres Fraktionsvorsitzenden Manfred Rouhs an Kölns OB Schramma, die Kontakt- und Informationsstelle des e.V. in der Taunusstraße 12b per Ratsbeschluss „so schnell wie möglich zu schließen“. Ohne Erfolg.

Bundesweite Heroin-Studie

Trotz aller Hürden gibt es auch weiter in der Taunusstraße Angebote von Frühstück und Mittagessen zu günstigen Preisen, Sprizentausch zur Verhinderung von Infektionen und einen mobilen medizinischen Dienst - lebenswichtig für die Suchtkranken -, und die Anlaufstelle ist weiter eine wichtige Institution für Ehemalige, Substituierte und Angehörige.



Mitarbeiter des Selbsthilfevereins kontrollieren und säubern den Spielplatz auf dem Taunusplatz | Foto: www.junkiebund.de

Den Erfolg belegt eine bundesweite Heroin-Studie, deren Ergebnis der Verein jetzt in einer Pressemitteilung vorgelegt hat: „Die jährliche Sterberate der Teilnehmer ist von 8 auf 1 Prozent gesunken. Der Gesundheitszustand der Teilnehmer hat sich wesentlich verbessert. Das Infektionsrisiko der Teilnehmer mit Hepatitis C, HIV u. a. sank deutlich. Die negativen Auswirkungen der Illegalität wie Beschaffungsstress und Angst fallen weg. Nicht nur die Betroffenen werden von der ärztlichen Heroinbehandlung profitieren. Auch die positiven ökonomischen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sind unbestritten und Teil der Studienergebnisse.“

Ein von Vertretern aller Oppositionsparteien erstellter Vorschlag zur Änderung des derzeit geltenden Betäubungsmittelgesetzes würde nach Auffassung der Junkie Bundes einer größeren Zahl von Abhängigen Zugang zu einer fachlich unumstritten wertvollen Alternative zu den klassischen Substitutionsbehandlungen eröffnen. Sogar der deutsche Städtetag halte ein ambulantes Therapieangebot für schwer Heroinabhängige für unabdingbar. Und der CDU-Arbeitnehmerflügel (CDA) fordere im Bundestag zum Thema Herointherapie eine Abstimmung ohne Fraktionszwang. Dann könnte jede/r Abgeordnete nach Gewissen und auf der Grundlage der wissenschaftlichen Ergebnisse abstimmen und - so die Hoffnung des Junkie-Bundes - „der bundesweiten Zulassung von Diamorphin zur Suchttherapie würde nichts mehr im Wege stehen.“

Forderungen des „Junkie Bund Köln“

Im lokalen Bereich fordert der Junkie Bund einen Ausbau der Plätze zur psychosozialen Betreuung von Substituierten - davon würden allein in Köln 1500 fehlen. Nur wenn dieses Defizit behoben würde, wäre es mittelfristig möglich, den Anstieg von Neuinfektionen mit HIV und Hepatitis C bei Drogengebern zu verhindern. Notwendig sei auch die Einrichtung eines Konsumraumes im Rechtsrheinischen.

Für diese Politik soll in der Veranstaltung am kommenden Samstag auf dem Pastor-Könn-Platz zwischen Rudolfplatz und Neumarkt geworben werden. Redner aus den Parteien und den Verbänden der Drogenselbsthilfe sollen dem Event den Charakter einer Demonstration verleihen. Das musikalische Programm an diesem Tag verspricht, den düsteren Anlass der Veranstaltung aufzuhellen und auch politisch weniger interessierten Bürgern die Arbeit des Junkie Bunds näher zu bringen.



Frolleinwunder aus Köln

Foto: www.frolleinwunder.net

Fünf solidarische Musik-Projekte

Fünf Kölner Musik-Projekte treten ohne Gage auf, um die Arbeit des Junkie Bund zu unterstützen. Es sind „Granada74“ aus Köln, mit feinstem Gitarrenpop á la Dorfdisko oder Angelika Express, die Vier von „Frolleinwunder“, die schon 2005 ein eigenes Stück für den 21. Juli schrieben, der Singer und Songwriter Friedemann Weise, der sich selbst als „schwulen Juden mit Migrationshintergrund“ bezeichnet, und dessen Texte angeblich mit denen von Lorient verwandt sind, „Paco de Sousa“, ein portugiesischstämmiger „Fachmann an der Gitarre“, der das Musikhaus Endres in der Lübecker Straße unterhält, und „Agathe Rüsche“, ein Köln-Stuttgarter Duo, das auf der Straße Musik macht. Transportmöglichkeiten und Mobiliar für die Besucher stellen die Sozialistische Selbsthilfe Köln sowie das Cafe LC 36 zur Verfügung. (PK)

Der Junkie Bund als gemeinnütziger Verein freut sich über Spenden auf das Konto 7112600 bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 370 205 00, um seine Arbeit weiterhin erfolgreich durchführen zu können.

Mehr unter www.junkiebund.de

Kontakt:

<http://www.nrhz.de>

info@nrhz.de